

Datum:	29.10.2009
Redner:	Daniela Behrens
Thema:	Einzige (abschließende) Beratung: a) Kulturelle Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sichern: Freier Eintritt zu den Landesmuseen - Antrag der Fraktion der SPD - <a href="#">Drs. 16/903</a> - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/1698

Daniela Behrens (SPD)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in dieser Woche - wie bereits in vielen Plenarwochen des Landtages - intensiv über gerechte Bildungschancen und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen unterhalten.

Auch der Antrag der SPD-Fraktion, der die Abschaffung des Eintrittsgelds in den Landesmuseen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre vorsieht, lässt sich in diese Rubrik einordnen. Es geht darum, den Ort Museum als lebendige Bildungseinrichtung zu nutzen, ihn zu öffnen, und zwar unabhängig davon, ob die Eltern das Geld für den Eintritt haben, ob sie gewohnt sind, ins Museum zu gehen, oder ob es an Kindertagesstätten oder Schulen überhaupt Projekte in diesem Bereich gibt.

Wir möchten Ihnen empfehlen, heute ein Signal zu geben. Dieser Landtag könnte sich in einer Debatte, die überall in Deutschland und darüber hinaus läuft, an die Spitze der Bewegung setzen, indem er das Eintrittsgeld an unseren Landesmuseen abschafft. Damit wären wir an der Spitze der Bewegung und müssten nicht immer die bisherigen mageren Ergebnisse in unseren Politikbereichen schönreden. Ich finde, das wäre ein tolles Signal.

Museen bieten einen idealen Bildungsraum. Man kann dort sehr niedrigschwellig zusammen mit Kindern und Jugendlichen charmante Bildungsprojekte durchführen. Auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages hat den Bundesländern empfohlen, gerade was den Zugang zu kultureller Teilhabe für Kinder und Jugendliche angeht, Entwicklungen aufzuzeigen und Projekte auf den Weg zu bringen, um die in Deutschland auf diesem Gebiet bestehende große Lücke zu schließen.

Viele Untersuchungen zeigen - u. a. eine Untersuchung des Instituts für Museumskunde -, dass das Museum in Deutschland heute ein Ort der Abgrenzung ist; denn 5 % der Besucher eines Museums sind in der Regel Hauptschulabsolventen, 5 % kommen aus dem Facharbeitermilieu und 85 % stammen aus Akademikerfamilien. Das heißt, die Museen sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen gar nicht richtig geöffnet. Durch die Abschaffung der Eintrittsgelder könnte die Möglichkeit geschaffen werden, dies abzumildern. Es ist nicht die einzige Möglichkeit, aber eine wichtige. Es wäre ein Signal dahin, dass wir alle in unseren Museen haben wollen, unabhängig davon, wie in den Elternhäusern darüber gedacht wird.

In anderen europäischen Ländern und darüber hinaus ist die Abschaffung von Eintrittsgeldern in Museen inzwischen fast Standard. Von guten Erfahrungen ist aus den USA, aus England, Frankreich und Dänemark zu berichten. Es gibt auch deutsche Kommunen, in denen man mit Projekten, im Rahmen dessen es eine Eintrittsfreiheit an einem bestimmten Tag, in einer bestimmten Woche oder über einen bestimmten Zeitraum gab, gute Erfahrungen gemacht hat. Auf jeden Fall ist ein erheblicher Zuwachs bei den Besucherzahlen zu verzeichnen. Das sind nicht immer nur die, die wir uns vermehrt in den Museen wünschen. Es gehen auch viele einfach nur öfter hin. Das ist aber nicht schlimm. Entscheidend ist - das machen alle Untersuchungen deutlich -, dass mit dem Wegfall einer

solchen Eintrittshürde auch Leute erreicht werden, die bisher nicht ins Museum gegangen sind.

Unsere Forderungen haben wir im Antrag klar formuliert. Wir wollen eine Eintrittsfreiheit für alle bis 18 Jahre, für Kindertagesstättengruppen, für Schulklassen und für Jugendgruppen. Alle diejenigen, die mit Schule und Kindergarten zu tun haben, wissen, wie viel Aufwand damit verbunden ist, wenn Lehrerinnen und Lehrer oder Erzieherinnen und Erzieher, die einen Projekttag oder Besuchstag planen, Geld einsammeln müssen. Dieser ganze Kram, den man da machen muss, müsste wegfallen. Das würde es z. B. auch Schulen erleichtern, in ein Museum zu gehen.

Natürlich darf ein solches Projekt nicht zulasten der Landesmuseen gehen, weil deren Etat ohnehin sehr eng gestrickt ist. Das müssen wir ausgleichen. Wir haben im Ausschuss sehr lange darüber beraten. Es ist davon auszugehen, dass die Eintrittsfreiheit pro Landesmuseum zu Kosten in Höhe von 50 000 bis 60 000 Euro führen würde. Sie sehen also, es handelt sich, über das Jahr gerechnet, um einen überschaubaren Betrag.

Wir haben uns im Ausschuss auch sehr lange darüber unterhalten, wie man neben der Eintrittsfreiheit für die Museen die museumspädagogische Arbeit unterstützen kann. Diese Arbeit wird in Niedersachsen schon in sehr guter Form geleistet. In den Museen macht man sich sehr viele Gedanken, und es werden sehr gute Projekte durchgeführt, um Kinder und Jugendliche für einen Museumsbesuch zu gewinnen und mit ihnen zu arbeiten. Für uns sind Museumspädagogik und Eintrittsfreiheit kein Widerspruch. Wir sind der Meinung, beides ist möglich. Die Museumspädagogik wird nicht durch die Eintrittsfreiheit ersetzt. Aber die Eintrittsfreiheit ist ein wichtiges Signal und die Grundlage dafür, um mit Kindern und Jugendlichen im Museum zu arbeiten.

Deswegen finden wir den Antrag der Grünen in diesem Punkt sehr gut. Wir sind der Meinung, dass man in Bezug auf die Museumspädagogik weiterhin sehr viel machen kann. Aber die Eintrittsfreiheit nur auf einen bestimmten Tag oder Bereich zu begrenzen, halten wir für nicht weitgehend genug. Deswegen sagen wir: Beides passt zusammen, und beides muss auch durchgesetzt werden.

Ich war - das will ich ganz offen sagen -, als wir den Antrag im Januar in den Landtag eingebracht haben, eigentlich sehr hoffnungsvoll, dass wir in der Debatte im Ausschuss zu Lösungsmöglichkeiten kommen. Wir haben eine gute Debatte geführt; das möchte ich ausdrücklich sagen. Wir haben uns gut unterrichten lassen. Wir haben mit Experten diskutiert und uns vorstellen lassen, was es schon gibt. Ich glaube, dass wir zumindest einen guten Überblick darüber bekommen haben, was heute an den Museen in Niedersachsen schon läuft und wie man den Antrag, den wir gestellt haben, vielleicht umsetzen könnte.

Deswegen waren wir auch sehr froh, als CDU und FDP gesagt haben, sie wollten sich auch damit beschäftigen und einen eigenen Vorschlag vorlegen. Dieser Vorschlag liegt Ihnen nun als Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Diese lässt sich auf einen Satz reduzieren: Der Landtag bittet die Landesregierung, die Museumspädagogik an den Landesmuseen zu unterstützen. In Zielvereinbarungen soll das dann weiter gestärkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, indem Sie sich so mutlos, so unentschlossen verhalten und ohne Konkretisierung diesen lapidaren Satz zur Annahme empfehlen, der weit hinter dem zurückbleibt, was wir jetzt schon haben, werden Sie der Debatte nicht gerecht. Das wird auch unserem Anspruch nicht gerecht. Ich finde, da hätten Sie sich schon mehr anstrengen können.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, der Landtag würde mit der Annahme des SPD-Antrages tatsächlich ein Signal setzen. Mit der Annahme des Vorschlags von CDU und FDP kommen wir keinen Schritt weiter. Ganz im Gegenteil, wir geben weniger zu, als wir jetzt schon machen.

Herzlichen Dank.